

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **19.05.2009** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/020

Beginn öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:15 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Leppert, Florian

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Weber, Ulrike
Wunn, Ina Prof. Dr.
Dr.

Verwaltung

Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Controller	Kauter, Theo
Verwaltungsfachangestellter	Kegel, Jan
Stadtamtsrat	Lahmann, Jörg
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra
Stadtrat	Philipps, Lutz
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat	Trappmann, Hendrik

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26. März 2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009
Vorlage: 2009 0548
6. Ausbau des Radwegenetzes im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 06.04.2009
Vorlage: 2009 0519
7. Erweiterung des Basketballplatzes, Geschwister-Scholl-Weg
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 03. Mai 2009 -
Vorlage: 2009 0545
8. Streichung der Kurven-S-Bahn am Wochenende - Stellungnahme der Stadt Burgdorf -
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 04. Mai 2009 -
Vorlage: 2009 0546

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Anschließend stellte er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die Tagesordnung wurde einstimmig durch den Rat der Stadt Burgdorf beschlossen.

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26. März 2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26.03.2009 wurde einstimmig genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

1. **Kurven-S-Bahn**

Herr Baxmann verlas ein Schreiben der Stadtplanungsabteilung an das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 23.04.2009 hinsichtlich der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieses Schreiben wurde nachrichtlich an die Mitglieder des Landtages, Frau Dr. Lesemann und Herrn Dr. Deneke-Jöhrens, sowie an den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Herrn Bley und den Regionspräsidenten der Region Hannover übersandt. Anschließend verlas **Herr Baxmann** auszugsweise die jeweiligen Antworten auf das vorgenannte Schreiben.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass die örtlichen Landtagsabgeordneten Silke Lesemann (SPD) und Hans-Joachim Deneke-Jöhrens schriftlich zugesichert hätten, sich für den Erhalt der Kurvenzüge einzusetzen.

Ferner merkte Herr Baxmann an, dass er derzeit davon ausgehe, dass die Angelegenheit positiv beschieden werde.

2. **Brand in der GHS I**

Herr Lahmann wies auf die Folgen des Brandes in der Grund- und Hauptschule I in Burgdorf Ende April hin. Der Schaden am Gebäude belaufe sich nach Angaben der Versicherung auf 70.000,00 €. Hinzu kämen noch die Kosten für die Sanierungsarbeiten. Der Schulbetrieb könne nach den Pfingstferien am 03.06.2009 wieder aufgenommen werden.

Herr Lahmann lobte das schnelle Einschreiten der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf und die gute Zusammenarbeit mit der Versicherung.

3. **Geburtstagswünsche**

Herr Walter teilte mit, dass Herr Plaß am 02.05.2009 sowie Herr Strecker am 06.05.2009 Geburtstag hatten und gratulierte diesen nachträglich.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

KEINE

5. **1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 Vorlage: 2009 0548**

Herr Hinz erläuterte zu Beginn kurz die Beschlussvorlage und wies darauf hin, wie wichtig die Umsetzung des Konjunkturpaketes II auch im Hinblick auf die Situation am Arbeitsmarkt sei. Die Mittel müssten jedoch auch für die dafür vorgesehenen Maßnahmen verwendet werden.

Weiter gab **Herr Hinz** zu bedenken, dass die pauschale Zuweisung in Höhe von 920.506 €, welche die Stadt Burgdorf zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II erhalte, früher oder später von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Steuern und Abgaben zurückgezahlt werden müsse. Eine Aufteilung dieser Zuweisung erfolge zu 65 % in die Bildungsinfrastruktur und zu 35 % in sonstige Infrastruktur. Voraussetzung sei allerdings, dass die Stadt Burgdorf einen Eigenanteil in Höhe von 208.639 € dazu aufbringe.

Für den Förderschwerpunkt der Schulinfrastruktur- Schulmodernisierung seien besonders die Maßnahmen im Brandschutz als bedeutsam hervorzuheben.

Im außerschulischen Bereich sei die Erweiterung des Feuerwehrhauses im Ortsteil Heebel angedacht. Man reagiere damit auf die Kritikpunkte der Feuerwehrunfallkasse, die auch eine Nutzungsuntersagung des Hauses angedroht habe. Durch den Anbau sei auch eine verbesserte und zeitgemäße Qualität des Heebeler Feuerwehrhauses zu erreichen.

Abschließend erklärte **Herr Hinz**, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Anschließend erläuterte **Herr Obst** die Haltung der CDU-Fraktion. Zunächst verwies er auf die bereits bestehende bedenkliche „Pro-Kopf-Verschuldung“ der Bundesrepublik. Die Bundesregierung verschulde sich mit diesem Milliardenpaket weiter und eine Rückzahlung der Schulden sei ungewiss. Allerdings sei der insgesamt zur Verfügung stehende Betrag für Investitionen in Höhe von rd. 1.700.000 € wichtig, um die Wirtschaft voranzutreiben.

Hierbei seien die Brandschutzmaßnahmen an der Grund- und Hauptschule I auch für seine Fraktion bedeutsam.

Bezogen auf den geplanten Umbau des Feuerwehrhauses in Heebel sei man seitens der CDU-Fraktion im Fachausschuss der Ansicht gewesen, die Möglichkeit eines Neubaus stärker in Betracht zu ziehen. Da die Feuerwehr dem Umbau nun jedoch zugestimmt habe und um die Gesamtmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes nicht zu gefährden, werde man auch in diesem Punkt zustimmen. Weiterhin hoffe er, dass sich alle geplanten Maßnahmen, wie vorgesehen, innerhalb der nächsten zwei Jahre umsetzen ließen.

Herr Obst erklärte, dass die CDU-Fraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde.

Herr Fleischmann erklärte, dass das Konjunkturpaket seines Erachtens unzureichend und zu gering bemessen sei, um den wirtschaftlichen Abschwung aufzufangen. Auch die geplanten Maßnahmen seien nicht durchgehend annehmbar und zu vertreten. Zukünftige Generationen würden von den geplanten Infrastrukturmaßnahmen jedoch profitieren. Aus seiner Sicht wäre ein Neubau des Feuerwehrhauses in Heeßel die richtige Entscheidung gewesen.

Herr Fleischmann erklärte abschließend, dass er sich der Stimme enthalten werde.

Herr Lüddecke stellte das Verfahren und die Auflagen der Bundesregierung für das Konjunkturpaket II dar. Er erklärte, dass dies der richtige Weg sei und dankte besonders der Verwaltung für die Aufarbeitung der verschiedenen Maßnahmen.

Als einzigen strittigen Punkt, so **Herr Lüddecke**, sehe auch er das Feuerwehrhaus in Heeßel. Die Alternativen „Neubau“ und „Erweiterung“ seien nicht ausreichend geprüft worden. Letztlich stimme man der Maßnahme aber zu, um den zeitlichen Rahmen bei der Verwirklichung der Maßnahmen nicht zu gefährden.

An Herrn Baxmann gerichtet, wies **Herr Lüddecke** darauf hin, dass die eigentliche Arbeit nun erst beginne. Der Bürgermeister sei als Leiter der Verwaltung besonders gefordert, damit die Mittel aus den Zuwendungen auch wie geplant in der Region Hannover ankämen. Mit Hilfe der nun folgenden Ausschreibungsverfahren sei es möglich, Firmen aus Burgdorf und der Region Hannover zu beteiligen. Erst wenn alle Kommunen der Region so verfahren, würden die mittelständischen Unternehmen auch vom Konjunkturpaket profitieren.

Abschließend erklärte **Herr Lüddecke**, die FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Baxmann verdeutlichte, dass es im Nachhinein betrachtet richtig gewesen sei, bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes abzuwarten und nicht überstürzt zu handeln. Es seien die zu Anfang eröffneten Möglichkeiten immer mehr durch unklare und zusätzliche Regeln eingeschränkt worden. Letztlich seien die vorgesehenen energetischen Sanierungen in den Bildungseinrichtungen sowie der geplante Anbau des Feuerwehrhauses in Heeßel vernünftige und mehrheitsfähige Vorschläge.

Bezugnehmend auf Herrn Lüddeckes Anliegen, so **Herr Baxmann**, sei zu erwähnen, dass sich die vermeintlich größer gewordenen Spielräume im Vergaberecht bei genauerer Hinsicht relativierten. Klare Regeln seien aber auch notwendig und sinnvoll, insbesondere zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbes sowie zur Vermeidung von Korruption. Wichtig sei jedoch, dass die Angebote der Verwaltung von den Firmen auch angenommen würden. Die Verwaltung ihrerseits werde sich hierbei an den wirtschaftlichsten Angeboten orientieren, aber sich gleichwohl bemühen, womöglich gem. den gesetzlichen Vorgaben örtlichen und regionalen Unternehmen den Zuschlag für die jeweiligen Aufträge zu erteilen.

Herr Rohde gab zu bedenken, dass ohne das Konjunkturpaket der Anbau des Feuerwehrhauses in Heeßel noch immer nicht zum Abschluss gebracht worden wäre. Die CDU habe bereits im Jahre 2000 den Anstoß zur Sanierung des Feuerwehrhauses Heeßel gegeben.

Beschluss:

Der Rat beschloss mit 30 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, die dem Originalprotokoll als Anlage 1 beigefügte

**1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Burgdorf
für das Haushaltsjahr 2009**

und

**das Investitionsprogramm zu den Finanzplanungen 2008 bis
2012**

**in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung
des Rates zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 ergibt.**

**6. Ausbau des Radwegenetzes im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom
06.04.2009
Vorlage: 2009 0519**

Herr Baxmann erklärte, dass das Konjunkturprogramm in der Form des Nachtragshaushaltes bereits beschlossen worden sei. Der Antrag des Herrn Fleischmann sei somit hinfällig. Es könne allerdings der Zusatz „im Rahmen des Konjunkturpaketes II“ gestrichen werden und nur über den Ausbau des Radwegenetzes abgestimmt werden.

Herr Fleischmann äußerte zur Situation der Radfahrer in Burgdorf die Auffassung, dass die Verkehrspolitik nicht „Radfahrerfreundlich“ sei, obwohl immer mehr Bürgerinnen und Bürger das Rad als Fortbewegungsmittel nutzten. Im Straßenverkehr bestünden viele Barrieren für die Radfahrer. Daher werde er seinen Antrag, unter Berücksichtigung von Herrn Baxmanns Änderungsvorschlag, aufrechterhalten.

Frau Leykum schloss sich den Ausführungen des Herrn Fleischmann teilweise an. Jedoch sei sie weder für noch gegen den Antrag des Herrn Fleischmann, da ihr konkrete Vorschläge zur Umsetzung und finanziellen Deckung dieses Antrags fehlten.

Herr Lüddecke befürwortete den eingangs durch Herrn Baxmann vorgeschlagenen Kompromissvorschlag. Aus seiner Sicht müsse der geänderte Antrag in die Ausschüsse überwiesen werden, die Verwaltung solle Vorschläge zur Umsetzung und Deckung im neuen Haushalt vorlegen.

Herr Baxmann stimmte Herrn Lüddecke zu, gab aber zu bedenken, dass der Antrag nicht konkret genug sei, um eine Handlungsgrundlage darzustellen. Ferner sei nach Fertigstellung der neuen Umfahrung der Bundesstraße „B 188“ auch eine Verbesserung der Situation der Radfahrer in der Burgdorfer Innenstadt zu erwarten.

Herr Unverzagt schloss sich den vorangegangenen Ausführungen an.

Herr Alker erklärte, es werde versucht, aus einem verbrauchten Antrag einen neuen Antrag zu konstruieren. Diesbezüglich müssten jedoch die Form und die Frist eingehalten werden. Der Antrag sei für ihn daher erledigt.

Herr Rohde stimmte Herrn Alker zu, worauf **Herr Fleischmann** erklärte, bereit zu sein, den Zusatz „Konjunkturpaket II“ aus seinem Antrag herauszunehmen und den Antrag als Neuantrag in den zuständigen Fachausschuss zu geben.

Herr Walter erklärte abschließend, den Vorschlag des Herrn Fleischmann anzunehmen. Er bat daher um Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Herrn Fleischmann.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf lehnte den Antrag des Herrn Fleischmann für „Das Linksbündnis“ vom 06.04.2009 mit 29 Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme sowie einer Stimmenthaltung ab.

**7. Erweiterung des Basketballplatzes, Geschwister-Scholl-Weg
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 03. Mai 2009
Vorlage: 2009 0545**

Frau Gersemann zitierte zunächst einen Punkt aus der Befragung Burgdorfer Jugendliche im Alter „U18“ aus dem Jahre 2007. Burgdorf müsse bemüht sein, so ihre Schlussfolgerung, die Zufriedenheit der Jugendlichen im Bereich der Freizeitmöglichkeiten nachhaltig zu erhöhen. Dies stärke auch das Image der Stadt bei dieser Zielgruppe.

Der Basketballplatz „Geschwister-Scholl-Weg“ sei sehr gut frequentiert und nahezu immer in einem sauberem Zustand. Konflikte mit Anwohnern seien nicht bekannt. Da der Jugendhilfeausschuss erst wieder Ende August tage, werde eine Überweisung des Antrages in den Verwaltungsausschuss als sinnvoll erachtet, um letztlich zu verdeutlichen, dass die Verwaltung Entscheidungen schnell und effektiv treffen könne.

Herr Lüdecke merkte an, dass die Befragung der Jugendlichen ihm nicht bekannt gewesen sei. Dennoch stimme er dem Antrag zu, da hier mit geringem Mitteleinsatz eine sinnvolle Maßnahme realisiert werden könne.

Herr Unverzagt signalisierte ebenfalls sein Einverständnis hinsichtlich der Angelegenheit. Eine schnelle und unbürokratische Umsetzung sei äußerst wünschenswert.

Herr Obst erklärte, dass er zwar von dem Anliegen überzeugt sei, eine direkte Abstimmung im Verwaltungsausschuss jedoch für sinnvoller gehalten hätte. Der Antrag von Frau Gersemann lasse den Eindruck entstehen, man habe die Jugendlichen der Stadt in den letzten Jahren vernachlässigt. Die Anliegen der Jugendlichen seien in der Vergangenheit jedoch immer ernst genommen worden. Außerdem sei die Stadt Burgdorf die erste Stadt in der Region Hannover, die über ein „Haus der Jugend“ verfüge.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 03.05.2009 einstimmig.

8. **Streichung der Kurven-S-Bahn am Wochenende - Stellungnahme der Stadt Burgdorf -**
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 04. Mai 2009 -
Vorlage: 2009 0546

Herr Walter verwies auf die eingangs durch Herrn Baxmann verlesenen Scheiben hinsichtlich des Erhalts der „Kurven-S-Bahn“ an den Wochenenden. Da der Antrag des Herrn Fleischmann für „Das Linksbündnis“ vom 04.05.2009 wie auch der Änderungsantrag der Gruppe SPD- WGS- B90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf vom 19.05.2009 ebenfalls diese Thematik betrafen, bat er um Klärung, ob die Anträge weiterhin aufrechterhalten werden sollen.

Herr Fleischmann und **Herr Pilgrim** erklärten, man beantrage die Aufrechterhaltung der jeweiligen Anträge.

Zunächst erläuterte **Herr Fleischmann** seinen Antrag vom 04.05.2009. Seiner Ansicht nach könne der von der Gruppe SPD-WGS-B90/Die Grünen gestellte Änderungsantrag die Abschaffung des Kurvenzuges nicht verhindern, da die Region Hannover völlig aus der Verantwortung genommen werde. Gerade die Region Hannover sei in der Pflicht, entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Landes nicht ausreichend seien, notfalls auch durch Einsparungen in der Wirtschaftsförderung. Eine Mischfinanzierung sei ebenfalls eine mögliche Alternative.

Herr Pilgrim erklärte, der Änderungsantrag verfolge ebenfalls das Ziel, die Kurvenbahn zu erhalten. Im Gegensatz zu Herrn Fleischmanns Antrag wolle man die Region erst mit einbeziehen, wenn die Landesregierung tatsächlich keine Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellen sollte. Im Anschluss erläuterte **Herr Pilgrim** den Änderungsantrag vom 19.05.2009.

Herr Lüdecke äußerte seine Bedenken zu beiden vorgestellten Anträgen. Er erläuterte, in welcher Form die Regionalisierungsmittel vom Bund zur Verfügung gestellt würden. Ferner wies er darauf hin, dass im Falle einer Streichung der Mittel diese von den Ländern übernommen und an den Öffentlichen Personen-Nahverkehr ausgeschüttet werden müssten. Danach seien bisher jedes Jahr vom Land 15 Millionen Euro bereitgestellt worden, wobei jeweils 7,5 Millionen Euro an die Landesnahverkehrsgesellschaft und an Regionale Projekte geflossen seien. Die Region bestelle daraus Verkehrsleistungen, welche ohne Regionalisierungsmittel ab 2010 erheblich gekürzt werden müssten.

Seiner Kenntnis nach habe der Nds. Verkehrsminister für das Jahr 2010 erneut 15 Millionen Euro veranschlagt, wobei die Kommunen nun mehr als 50 % erhalten sollten. Die Verantwortung liege bei der Region, da diese den Kurvenzug bestellen müsse.

Abschließend erklärte **Herr Lüdecke**, dass man seitens der FDP-Fraktion dem Antrag von Herrn Fleischmann nicht zustimmen werde. Hinsichtlich des Änderungsantrages vom 19.05.2009 werde sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Herr Obst stimmte der Auffassung Herrn Fleischmanns zu, die Region zu verpflichten, Druck auf die Landesregierung auszuüben. Es gehe auch nicht nur um den Kurvenzug, sondern um ein Gesamtparapaket, das nicht mehr finanzierbar sei. Die CDU-Fraktion werde daher Herrn Fleischmanns Antrag zustimmen und den Antrag der SPD ablehnen.

Herr Alker teilte mit, dass die Bereitstellung der Regionalisierungsmittel, welche das Land betreffen, noch nicht zugesichert worden sei. Anfang Juni werde in der Region Hannover darüber abgestimmt.

Er begrüße es, dass der Rat in Form einer Resolution die Thematik nun forcieren wolle. Die Kosten für den Kurvenzug am Wochenende beliefen sich auf rd. 710.000 Euro. Würde die Region im Zweifelsfalle die Mittel zur Verfügung stellen, befürchte er eine Erhöhung der Regionsumlage, welche folglich auch die Stadt Burgdorf mitfinanzieren müsse. Er halte es daher für sinnvoll, die Zahlung über das Land die nächsten 3 Jahre aufrechtzuerhalten und den Kurvenzug auf diesem Wege zu erhalten.

Frau Leykum verdeutlichte, dass es möglich sein müsse in dieser Angelegenheit einen vernünftigen Beschluss zu fassen, da doch alle an dem Erhalt der Kurven-S-Bahn interessiert seien.

Herr Baxmann erklärte, dass seiner Ansicht nach das Land hier der richtige Adressat sei. Ferner sei auf die Problematik hinsichtlich der Streichung des Kurvenzugs bereits hingewiesen worden. Diese hätten auch die Politiker auf der Landesebene erkannt.

Es sei nunmehr zu überlegen, wer auf welcher Ebene zuständig sei und welche Interessen Burgdorf jenseits der jeweiligen politischen Mehrheiten habe.

Er gab zu bedenken, dass alles, was man als Leistung von der Region verlange, letztlich Folgezahlungen an die Region nach sich ziehe. Man könne die Region nicht mit immer mehr Aufgaben belasten und ihr gleichzeitig auferlegen, Kosten zu übernehmen, welche das Land zu tragen habe. Diese müssten dann letztlich von der Stadt mitgetragen werden. Zudem sei die Region bereits durch den Finanzausgleich auf Landesebene stark belastet.

Abschließend appellierte **Herr Baxmann** an die Mitglieder des Rates, jenseits der politischen Mehrheiten die politischen Ebenen präzise zu benennen, bei denen Ansprüche angemeldet werden sollen. Schließlich vertrete der Rat die Interessen der Stadt und nicht die von Landtagsfraktionen.

Herr Fleischmann bekräftigte noch einmal, dass in seinem Antrag die „Stoßrichtung“ nicht nur an die Region, sondern auch an das Land gehe. Dies wolle er betonen, da hierdurch die Möglichkeit einer Mischfinanzierung gegeben werde. Er sehe die Gefahr, dass der Kurvenzug ansonsten nicht mehr fahren werde.

Herr Lüddecke stellte fest, dass jeder den Kurvenzug erhalten wolle, nur die Vorhergehensweise unterschiedlich betrachtet werde. Er wiederholte seinen Standpunkt und wies erneut darauf hin, dass die Region und nicht das Land die Verkehrsleistungen bestelle. Daher müsse die Region Hannover mit in die Verantwortung genommen werden.

Herr Rohde erklärte, dass man nunmehr ein einstimmiges Votum erreichen müsse. Er mache daher folgenden Textvorschlag :

„Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Region Hannover auf, die beabsichtigte Streichung der schnellen Kurven- S-Bahn am Wochenende zum Fahrplanwechsel im Dezember zurückzunehmen und das Land bei der Finanzierung in die Pflicht zu nehmen.“

Herr Pilgrim schlug vor, die Ratssitzung für einige Minuten zu unterbrechen, um in den Fraktionen eine geeignete Formulierung zu finden.

Herr Walter schloss um 20.55 Uhr die Ratssitzung und eröffnete diese dann erneut um 21.05 Uhr

Nach der Unterbrechung der Sitzung trug **Herr Pilgrim** den im Rahmen der Beratung der Gruppe SPD, WGS und B'90/Die Grünen neu erarbeiteten Text vor:

„Der Rat der Stadt Burgdorf fordert das Land auf, die notwendigen Regionalisierungsmittel für den Erhalt der schnellen Kurvenzüge (S-Bahn) von Burgdorf nach Hannover auch am Wochenende zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern das Land auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Kurvenzüge uneingeschränkt von und nach Hannover auch am Wochenende genutzt werden können.“

Herr Braun gab zu bedenken, dass man auch die Bürger in dieser Sache beteiligen solle. Seine Fraktion habe bereits eine Unterschriftenliste erstellt und 200 Unterschriften für den Erhalt der Kurvenbahn gesammelt.

Herr Fleischmann erklärte, dass es falsch sei, in dem Änderungsantrag die Region komplett außen vor zu lassen. Der Neuantrag der CDU/ Das Linksbündnis schließe die Möglichkeit der Mischfinanzierung nicht von vorne herein aus.

Herr Baxmann gab zu bedenken, dass eine Mischfinanzierung äußerst problematisch werden könne, da die finanzielle Verantwortung deutlich sein müsse. Die Mischfinanzierung sei ein problematischer Kompromiss, den letztlich die Stadt Burgdorf mit tragen müsse.

Herr Obst trug den abgeänderten Antrag der CDU/Das Linksbündnis vor:

„Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Region Hannover auf, die beabsichtigte Streichung der schnellen Kurven -S-Bahn-Züge- am Wochenende zum Fahrplanwechsel im Dezember zurückzunehmen und das Land bei der Finanzierung in die Pflicht zu nehmen. „

Herr Lüddecke machte noch einmal seine Ansicht deutlich, dass beide „Stoßrichtungen“ berücksichtigt werden müssten.

An Herrn Obst gerichtet, erklärte **Herr Aiker**, dass die Region das Land gar nicht in die Pflicht zur Zahlung nehmen könne. Die Region könne erst in die Verantwortung genommen werden, wenn das Land Niedersachsen die Mittel nicht zur Verfügung stelle. Dann müsse die Stadt Burgdorf auch erklären, woher die 710.000 Euro für die Kurvenbahn genommen werden sollen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass es richtig sei, jetzt nicht die Region in die Pflicht zu nehmen, da diese sich auf das Land verlassen können müsse.

Herr Walter ließ nun über die geänderten Anträge abstimmen.

Beschluss:

Der geänderte Antrag der CDU/das Linksbündnis wurde durch den Rat der Stadt Burgdorf mit 17 Nein- Stimmen zu 14 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann ließ **Herr Walter** über den von **Herrn Pilgrim** vorgetragene abgeänderten Zusatzantrag der Gruppe SPD-WGS- B`90/Die Grünen abstimmen.

Dem Zusatzantrag der Gruppe SPD-WGS-B`90/Die Grünen wurde mit 17 Ja- Stimmen und 14 Nein- Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im Öffentlichen Teil)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer